Berlin, 12. November 2026
dmil/ae

Private Banken: ver.di weitet Warnstreiks ab 16. November bundesweit aus

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) weitet die Warnstreiks bei den privaten Banken ab Montag (16. November 2026) bundesweit aus. Den Auftakt machen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Damit erhöhen die Beschäftigten vor der dritten Verhandlungsrunde am 23. November in Berlin den Druck auf die Arbeitgeber. „Steigende Preise, steigende Gewinne, steigende Anforderungen – aber über Jahre weniger Kaufkraft für die Beschäftigten. Das ist die strukturelle Abwertung der Gehälter für eine ganze Branche. Die Banken wollen ihre Gewinne steigern und verlangen dafür Verzicht beim Lebensstandard. Nicht mit uns.“, erklärt Jan Duscheck, ver.di-Bundesfachgruppenleiter für das Bankenwesen und Verhandlungsführer.

Das am 2. November 2026 vorgelegte Angebot der Arbeitgeber sieht von Oktober 2026 bis einschließlich Juni 2027 keine Gehaltserhöhung vor. Erst im Juli 2027 sollen die Tarifgehälter um 2,2 Prozent steigen, im Juli 2028 um weitere 2,0 Prozent. Bis zum Ende der dreijährigen Laufzeit im September 2029 ist kein weiterer Erhöhungsschritt vorgesehen. ver.di bewertet das Angebot als unzureichend: Rechnerisch bleiben von den angekündigten 4,2 Prozent über die dreijährige Laufzeit nur rund 1,4 Prozent Gehaltssteigerung pro Jahr. Damit läge die Einkommensentwicklung deutlich unter der erwarteten Inflation – mit der Folge weiterer Reallohnverluste für die Beschäftigten. Für Auszubildende und dual Studierende haben die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt.

Gleichzeitig verweist ver.di darauf, dass es auch bei den weiteren Themen, wie der Übernahme von Nachwuchskräften oder der Stärkung des Kündigungsschutzes keine Gesprächsbereitschaft von Seiten der Arbeitgeberseite gibt. „Die Banken wollen drei Jahre Sicherheit bei ihren Lohnkosten, verweigern den Beschäftigten aber Sicherheit für ihren Arbeitsplatz und ihre berufliche Zukunft. Weniger Kaufkraft und das Risiko, den Arbeitsplatz zu verlieren: Die Beschäftigten sollen die Unsicherheit gleich doppelt tragen. Respektloser geht es gar nicht“, sagt Duscheck.

ver.di fordert für die rund 150.000 Beschäftigten sechs Prozent mehr Gehalt sowie monatlich 300 Euro mehr für Auszubildende und dual Studierende bei

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.: Daniela Milutin | ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011/1012
E-Mail: pressestelle@verdi.de
www.verdi.de/presse

zwölf Monaten Laufzeit. Gleichzeitig macht sich die Gewerkschaft in den Gesprächen für eine unbefristete Übernahme der Nachwuchskräfte in Vollzeit und verbindliche Regelungen zu Beschäftigungsschutz, Personalplanung und Qualifizierung beim Einsatz Künstlicher Intelligenz stark. Aus Sicht von ver.di soll zudem der Abschluss auch auf übertariflich bzw. außertariflich Beschäftigte übertragen werden.

Mit der bundesweiten Ausweitung der Warnstreiks setzt ver.di die seit Ende Oktober laufenden Arbeitskampfmaßnahmen fort. Für den 23. November 2026 erwartet die Gewerkschaft ein deutlich verbessertes Angebot, das weitere Reallohnverluste verhindert und den Beschäftigten verbindliche berufliche Perspektiven eröffnet.

Hinweis für die Redaktionen:
Die dritte Tarifverhandlungsrunde findet am 23. November 2026 in Berlin statt. Die Verhandlungen werden um 13:00 Uhr in der ver.di Bundesverwaltung fortgesetzt. Ab 11:30 Uhr findet vor dem Verhandlungsort eine Streikkundgebung der Bankbeschäftigten statt. ver.di-Verhandlungsführer Jan Duscheck steht hier für Interviews und Statements zur Verfügung.

MEDIENINFORMATION

V.i.S.d.P.: Daniela Milutin | ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin
Tel.: 030/6956-1011/1012
E-Mail: pressestelle@verdi.de
www.verdi.de/presse